

NV AUF geht's

alternativ • unabhängig • fortschrittlich

Newsletter von NV AUF geht's

Nr. 2 | Oktober 2022

Die Gasumlage ist weg. Was bringt das 200-Milliarden-Paket?

Wer hätte das gedacht? Ende September wurde von der Regierung die Gasumlage zurückgezogen. Der Druck der Basis angesichts der explodierenden Energiepreise und Preisverteuerung bei Lebensmittel wurde zu groß. Seit August protestierte die fortschrittliche bundesweite Montagsbewegung dagegen, die es seit 2004 besteht.

Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg. Nur wer kämpft kann gewinnen.

Und doch tun alle gut daran, ihr Portemonnaie weiterhin gut festzuhalten und weiterhin aufzustehen gegen die Abwälzung der Krisenlasten.

Das 200-Milliarden-Paket ist in erster Linie ein Subventionsprogramm für die Konzerne. Mit diesem Geld soll der Gaspreisdeckel für Haushalte und Unternehmen finanziert werden. Die Energiekonzerne bekommen ihr Geld zur Stärkung des Profits, Brosamen gibt es für die breiten Massen. Was kommt:

1. Die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 7 Prozent auf Strom-, Energierechnungen bleibt.
2. Statt Deckelung der Energiepreise auf den Stand vom 1.01.22 wird diskutiert, dass mit dem Gaspreisdeckel 80 Prozent des durchschnittlichen Verbrauchs bezuschusst werden soll, für 20 Prozent muss der überhöhte Tarif bezahlt werden. Zugrunde gelegt werden soll ein Energiepreis, der bereits doppelt so hoch ist wie in 2021.
3. Für die Verbraucher bedeutet dies eine Abmilderung der völlig überteuerten Energiekosten, aber keinen einzigen Cent mehr in der Tasche.

Es lohnt sich zu kämpfen für:



- **Sofortzuschläge von mindestens 20% bei Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II und Rente!.**
- **Statt Deckelung der Energiepreise auf den Stand vom 01.01.21 gibt es folgendes: Im Dezember soll es eine Einmalzahlung für Gaskunden in Höhe eines Monatsabschlags geben. Dies muss bei einer staatlichen Stelle eingereicht werden. Allerdings ist noch unklar, bei wem. Im zweiten Schritt gibt es dann ab März/April 23 die sogenannte „Gaspreisbremse“, die keine ist. Jeder Kunde bekommt dann „80 Prozent“ des prognostizierten Verbrauchs gefördert. Zugrunde gelegt werden soll ein Preis von 14 Cent pro Kilowattstunde. Das ist mehr als doppelt so hoch wie Mitte 2021. Die übrigen 20 Prozent müssen entsprechend dem Marktpreis bezahlt werden.**
- **Für Lohnnachschlag aller Beschäftigten.**

Kies - die Fronten klären sich

Es ist noch nicht lange her, dass SPD und Grüne versprochen haben, in der kommenden Landesregierung mit einem neuen Landesentwicklungsplan (LEP) den Raubbau an Kies am Niederrhein zu stoppen. Inzwischen haben rund 7.000 Einwendungen gegen die 2. Offenlegung des Regionalplanes und ein Gerichtsurteil klar gestellt: Es geht nicht nur um geringfügige Flächenkorrekturen, sondern die gesamte Planung muss auf eine andere Grundlage gestellt werden: Statt Orientierung an den Profitwünschen der Kies-Lobby - nachhaltiger schonender Umgang mit den kostbaren endlichen Rohstoffen Kies und Sand. Das Alles war vor der Wahl!

Fortsetzung >
Seite 2



Protestversammlung am 23.09.2022 vor dem RVR in Essen

► Fortsetzung von Seite 1: Kies – die Fronten klären sich

... nach der Landtagswahl

Entweder leidet die neue Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) an der nicht seltenen Regierungskrankheit totaler Erinnerungsverlust oder sie wirft genauso rasant wie Robert Habeck alle ihre Wahlversprechen über Bord.

Statt zunächst, wie versprochen, den LEP zu überarbeiten und dann einen neuen Regionalplan in Auftrag zu geben, hat sie die Verbandsversammlung des Ruhrparlamentes veranlasst, den Planungsausschuss mit der Erstellung einer korrigierten Fassung als 3. Offenlegung zu beauftragen.

Wirksamer Widerstand entsteht im aktiven Zusammenschluss mit sich steigernden Protestformen der Arbeiter- und Volksbewegung: Gemeinsam gegen den Kiesraubbau, gegen Braunkohleverbrennung und gegen die RAG-Zechenflutungen!

Wie ein wilder Hund

Was dann passierte, spottet jeder Erwartung. Wie ein wilder Hund, der von der Kette gelassen wird, setzte sich der RVR am 23.9.2022 über sämtliche Verfahrensregeln hinweg: Beschlossen wurde die Weiterführung der Planung, ohne eine einzige inhaltliche Kenntnis über die Planungskriterien, geschweige denn von den Zielen. Ja nicht einmal die Auswertung der Einsprüche wurde abgewartet, die erst noch gesichtet und bewertet werden müssen! Die Wähler der Grünen haben ihre Schuldigkeit getan und jetzt erfüllt Mona Neubaur treu ihre Rolle als Dienstleiterin der Kiesindustrie. Diese benutzt skrupellos den Ukrainekrieg zur Lüge eines sogenannten Rohstoffnotstandes, um mit dem erwarteten Bauboom einen ähnlichen Profitsegen wie die Energiemonopole einzufahren.

Gegen die Stimmen der Linken und der AfD (bei 2 Enthaltungen der SPD und 1 der Grünen) wurde der Beschluss von CDU, SPD, Grünen und FDP gefasst. Entgegen der Resolution des Weseler Kreisausschusses wurde nicht einmal der Antrag gestellt das Kapitel „Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe“ vom Regionalplanentwurf abzukoppeln. Das hätte die Umsetzung des Regionalplanes nicht weiter aufgehalten und sofort den Zeitdruck rausgenommen.

Was sind die Lehren,

nachdem sich Freund und Feind dankenswerter Weise geoutet haben?

Durch die unermüdliche Recherchearbeit und Aufklärung hat die Bewegung eine solche Kompetenz und Breite erreicht, dass sie sich durch kosmetische Änderungen am alten Regionalplan nicht hinters Licht führen lässt.

Jetzt werden weitere juristische und verfahrenstechnische Einsprüche vom Landrat, den Kommunen und Initiativen in die Wege geleitet. Alles schön und gut. Aber die wichtigste Lehre ist: Alle juristischen und planungsrechtlichen Einsprüche hatten nur aufgrund der breiten Protestbewegung Erfolg.

Das Argument von Udo Bovenkerk (CDU, wir haben zugestimmt, „um endlich mit der Offenlegung in die Diskussion einzusteigen“, streut Sand in die Augen. Zurecht weist Alexandra Nolte vom #Pinken Kreuz daraufhin, dass seit einem Jahr vergeblich versucht wurde „einen sachlichen Dialog anzustoßen“. Statt in die Wirkung der besseren Argumente und vertrauensvoller Zusammenarbeit zu setzen, hilft nur der breite entschlossene Druck von der Basis.

**Die nächste Gelegenheit:
21. Oktober um 18 Uhr
im Kreishaus in Wesel**
**Der RVR stellt sich den Bürgern.
Machen wir den Saal voll!**

Statt Almosen für eine dauerhafte Entlastung

Zur letzten Ratssitzung stellte die SPD-Fraktion unter anderem den Antrag auf die Einrichtung eines Hilfsfonds in Höhe von 100.000 € für Menschen, die von Strom-, Gas- und Wärmesperre bedroht sind. Finanziert werden soll der Hilfsfond aus Geldern der Sparkassenausschüttung, die in den maroden Haushalt der Stadt fließen. Das Entlastungspaket III von der Ampelregierung ist völlig unzureichend ist, ja man kann sagen, es sind Almosen. Handwerker und Kleinbetriebe gehen gar leer aus. Das sieht NV AUF geht's genauso. Und doch haben wir den Vorschlag der SPD-Fraktion abgelehnt, weil:

■ Er ein „auf Sicht fahren ist“. Eine Bergarbeiterwitwe hat eine Erhöhung der monatlichen Gasabschlagszahlung von mehr als 318 € erhalten. Pro Jahr sind das rund 3.600 € mehr, Stromerhöhung noch gar nicht inbegriffen. Eine Einmalzahlung nutzt hier gar nichts. Würde die gesamte Erhöhung übernommen, ist der Topf bei 25 Hilfesuchenden leer. Gerade mal 0,3% aller Haushalte kämen in den Genuss



Lisa Wannemacher,
Ratsfrau
NV-AUF geht's

des Hilfsfonds. Die Verarmung wird weiter steigen.

■ Auch wenn der Hilfsfond aus den Geldern der Sparkassenausschüttung finanziert werden soll, sind es erneut Steuergelder, die die Steuerzahler an anderer Stelle aufbringen müssen. Anstatt das Geld wirklich für soziale und kulturelle Zwecke zu nehmen, wird es an die Energieunternehmen

umgeleitet. Auch ENNI profitiert davon. ENNI hat in den letzten aufeinanderfolgenden 10 Jahren Gewinne eingeheimst. Warum finanzieren sie nicht die Gaspreise aus ihren Überschüssen, sondern lassen es die Verbraucher/innen bezahlen?

- Die Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, Protest anzumelden gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Kommunen. Bereits jetzt steht fest, dass die Kommunen in NRW im Jahr 2023 191 Mio. € und in 2024 nochmals 21 Mio aufbringen müssen. Wie soll das gehen? Bürgermeister Köpke äußerte in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes 2023, dass weitere Sparmaßnahmen alternativlos seien. Wir sagen **NEIN** zum weiteren Abbau sozialer Leistungen. Der fortschrittliche Protest und Widerstand muss weitergehen.
- Er soll wie eine „Beruhigungspille“ gegen die zunehmende Kritik an der Regierungspolitik wirken, indem den Menschen Sand in die Augen gestreut wird nach dem Motto „wir tun doch was“.

Unsere Grundsätze, die eine wichtige Grundlage für die gleichberechtigte und zielgerichtete Arbeit in einem überparteilichen Wahlbündnis sind:

1. **NV AUF geht's** ist ein Personenbündnis von Menschen, die sich durch die im Stadtdart etablierten Parteien nicht vertreten fühlen.

2. **NV AUF geht's** ist den Alltagsproblemen der einfachen Menschen verpflichtet und will ihr Sprachrohr im Rathaus sein.

3. **NV AUF geht's** ermutigt die Betroffenen, für ihre Belange selbst aktiv zu werden und hilft ihnen, ihre Interessen durchzusetzen.

4. **NV AUF geht's** ist überparteilich, das heißt keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Bei uns können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Parteilose und Parteigebundene gleichberechtigt zusammenarbeiten.

5. **NV AUF geht's** ist getragen von dem Gedanken der Gleichberechtigung aller in Neukirchen-Vluyn lebenden Menschen, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft und fördert ihr solidarisches Miteinander und kulturvolles Zusammenleben.

6. **NV AUF geht's** fördert und verwirklicht eine sachliche, demokratische und solidarische Streitkultur.

7. **NV AUF geht's** hat eine antifaschistische Grundlage und schließt die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.

8. **NV AUF geht's** ist finanziell unabhängig und finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.

Balkonsolarmodule sind eine gute Sache zur Energiewende und dauerhafte Stromersparnis

Die Investition für ein Balkonsolarmodul beträgt zwischen 600 und 1.100 €. Je nach Bedingungen spart dies für die Leute 200-300 € Stromkosten pro Jahr. In 4 bis 5 Jahren hat sich das finanziert und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. NV AUF geht's schlägt vor: die Einrichtung eines kommunalen Fördertopfs Balkonsolarmodule für Privatleute – ein gut angelegtes nachhaltiges Geld.



Foto: C. Nöhren / pixelio.de

Südfläche Niederberg – ein weiterer Schandfleck?

Als ob der Turm am Vluynner Nordring nicht genug Probleme machen würde, droht auf der Südfläche Niederberg ein weiteres Debakel. Es sollte die gute Stube der „Neuen Mitte“ von Neukirchen-Vluyn werden. Mit Gastronomie, Cafés, Läden und Kulturveranstaltungen. Ein Aufenthaltsort für Jung und Alt und überregionaler Anziehungspunkt. Doch seit über einem Jahr bewegt sich gar nichts. Und Stillstand bedeutet bekanntlich Verfall.

Inzwischen steht sogar in Frage, ob das Konzept überhaupt noch realisiert werden kann. Alles andere wäre aber ein Desaster! Was muss passieren?

1. Die RAG muss ihre Versprechungen einhalten und nicht nur möglichst viel Kohle rausschlagen. Die einseitige Verdoppelung des ursprünglich vereinbarten Verkaufspreises

durch die RAG hat den Vorvertrag platzen lassen. Wohl gemerkt: Es geht nicht um Kosten für die RAG, sondern um (Über?)Gewinne.

2. Wenn der Erhalt von beiden Zechentürmen nicht finanzierbar ist, dann ist ein Turm mitten in einem neuen Kulturzentrum besser als zwei Türme in verfallener Umgebung.

3. Von alleine bewegt sich gar nichts. Der Bürgermeister hätte das längst zu seiner Sache machen müssen und muss jetzt Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um das Konzept noch zu retten.

4. Inzwischen hat auch die DRK keine Eile mehr mit der dringend benötigten Kindertagesstätte. Und auch bei der Überdachung Skaterbahn bewegt sich nichts. So hängt alles miteinander zusammen.



Dr. med. Günther Bittel aus Duisburg-Rheinhausen, einer der untersuchenden Ärzte

Kumpel für AUF Linker Niederrhein berichtet

Gesundheitsbelastungen bei Bergleuten

Die Bewegung Kumpel für AUF hat zusammen mit einer Ärzteinitiative eine Untersuchung von 124 Bergleuten auf die gesundheitlichen Folgen der Arbeit mit PCB und anderen Giftstoffen unter oder auch über Tage organisiert. Das Ergebnis: Über die Hälfte der untersuchten Bergleute hat eine Schwermetallbelastung, bei einem Drittel der Kumpel fanden sich erheblich Überschreitungen der Grenzwerte bei den PCBs 74 oder 114.

Die Auswertung der Daten der Untersuchung ergab Zusammenhänge zwischen den Schadstoffbelastungen und teilweise chronischen Erkrankungen bei den untersuchten Kumpeln.

Dr. med. Günther Bittel: „Die betroffenen Bergleute können im Einzelfall ihre Anerkennung als Berufserkrankung und entsprechende Behandlungen einfordern.“

Über NV AUF geht's könnt ihr eine Informationsbroschüre für 3 Euro über die Ergebnisse der Studie erhalten. Wir beraten auch gerne für das Vorgehen gegenüber der Berufsgenossenschaft.

Vorbereitung der 3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz in Thüringen im Herbst 2023



Der ungerechte Krieg und der notwendige Widerstand gegen die Gefahr eines 3. Weltkrieges macht den Zusammenschluss der weltweit 20 Millionen Bergleute bedeutend. Die „Internationale Bergarbeiterkoordinierung“ hat zurzeit 44 Mitgliedsorganisationen, dabei sowohl aus der Ukraine als auch aus Russland. Die Regierungen

beider Länder – von Oligarchen beherrscht – treiben mit Kriegsverbrechen und massiver Unterdrückung jeder Opposition ihre Bevölkerung als Kanonenfutter in den Krieg. Wir erklären uns solidarisch mit den russischen und ukrainischen Bergleuten, die trotz aller Strafmaßnahmen gegen den Krieg Widerstand leisten und ein sofortiges Ende fordern. Die „Internationale Bergarbeiterkoordinierung“ organisiert die Einheit der Bergleute, ihrer Familien und Freunde unter dem Motto: „Kumpel schießen nicht auf Kumpel“. Die Konferenz wird vom 31. August bis zum 3. September 2023 in der Kali- und Salzbergbau-Region in Thüringen und Nordhessen stattfinden, alle Informationen dazu gibt es im Internet unter www.minersconference.org

Kontakt:

Lisa Wannenmacher, Ahornweg 4, 47506 Neukirchen-Vluyn,
Herausgeber: NV AUF geht's – Vorstand, Ahornweg 4, 47506 Neukirchen-Vluyn

■ Mail: elisabethwannenmacher1@gmail.com
■ Gesamtherstellung Mediengruppe Neuer Weg GmbH